

Doppelbeiträge in der Krankenversicherung für Betriebsrenten – Wie stehen die Abgeordneten dazu?

„Wir werden nicht locker lassen“

-rew- **RHEINE.** Krankenversicherungspflicht auf Direktversicherungen – das Thema nimmt auch im Kreis Steinfurt Fahrt auf. Die MV berichtete vergangene Woche über einen Rentner aus Spelle, der sich dem Verein Direktversicherungsgeschädigte angeschlossen hatte. In dieser Woche äußerten sich auch Betroffene aus dem Tecklenburger Land öffentlich. Der Verein Direktversi-

cherungsgeschädigte – und zwar die Gruppe NRW Nord/Niedersachsen Süd – hat jetzt zu einer Informationsveranstaltung am 30. August „Direktversicherung: Böses Erwachen bei der Auszahlung“ – von 19 bis 21 Uhr im Van der Valk Hotel Melle (das mit dem Tukan an der Autobahn 30) eingeladen. Auch der Bundesvorsitzende des Vereins, Gerhard Kieseheuer, wird teilnehmen.

Die MV hat in den vergangenen Tagen den hiesigen Bundestagsabgeordneten einige Fragen nach ihrer Meinung zu der Thematik gestellt. Die Abgeordneten Ingrid Arndt-Brauer (SPD) und Kathrin Vogler (Die Linke) haben die Fragen beantwortet, CDU-Wahlkreisabgeordneter und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn begnügt sich mit einer Antwort auf alle Fragen.



Ingrid Arndt-Brauer (SPD)



Kathrin Vogler (Die Linke)



Jens Spahn (CDU)

MV: Können Sie die Verärgerung der Rentner verstehen, denen in der Regel erst beim Eintritt in die Rente durch Schreiben der Krankenkassen klar wird, dass die sauer angesparte zweite oder dritte Säule ihrer persönlichen Altersvorsorge massiv geschmälert wird?

Ingrid Arndt-Brauer: Ich kann die Verärgerung der Betroffenen nachvollziehen. Sie haben ihre Verträge unter anderen Voraussetzungen unterschrieben. So sehr die damalige Gesundheitsreform nötig war, halte ich es inzwischen für einen Fehler, dass diese Regelung ohne die Gewährung von Vertrauensschutz eingeführt wurde. Verfassungsrechtlich war das zwar zulässig, ging aber dennoch zu weit. Die Haushaltslage stellt sich heute anders dar als vor vierzehn Jahren, weshalb wir in der Lage dazu sind, dieses Problem zu lösen.

Kathrin Vogler: Selbstverständlich verstehen wir den Ärger. Es ist ein Unding, dass quasi im Federstrich rückwirkend die Altersvorsorge vieler Menschen so stark geschmälert wird. Deshalb haben wir als Linke im Bundestag bereits in der vergangenen Legislaturperiode und erneut in der Laufenden Anträge eingebracht, mit denen wir die Abschaffung der Doppelverbeitragung erreichen wollen.

Jens Spahn: Als Bundesgesundheitsminister habe ich auch die Pflicht, unser Gesundheitssystem finanzierbar zu erhalten und für Gerechtigkeit zwischen Alt und Jung zu sorgen. Wer die geltenden Beitragsregelungen in der betrieblichen Altersversorgung verändern oder abschaffen will, muss ein tragfähiges und gerechtes Finanzierungskonzept vorlegen. Das sehe ich derzeit nicht.

MV: Warum trifft die Regelung nur die gesetzlich Versicherten und nicht die Beamten oder freiwillig Versicherten?

Arndt-Brauer: Als SPD-Abgeordnete streite ich für ein System der solidarischen Bürgerversicherung, in das jeder – unabhängig von Beruf oder Beamtenstatus – einzahlt. Dass das eine ganz konkrete Frage sozialer Gerechtigkeit ist, zeigt sich auch hier.

Vogler: Privat Versicherte sind von der Beitragsregelung der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht betroffen. Dort wird zwischen dem Versicherten und der Versicherung ein Vertrag geschlossen. Die Beitragshöhe richtet sich in erster Linie nach versicherungsmathematischen Berechnungen. Das Einkommen spielt dabei keine Rolle. Das führt dazu, dass privat Versicherte gerade im Alter Beiträge häufig zahlen müssen, die sie kaum aufbringen können.

MV: Welchen Spielraum hat die Politik, diesen von allen Betroffenen als willkürlichen Akt empfundenen Eingriff in ihre Altersvorsorge zu beenden?

Arndt-Brauer: Veränderungen am bestehenden System sind auch eine Kostenfrage. Nicht alle Lösungsvorschläge sind deshalb umsetzbar. Die Umstellung des Krankenkassenbeitrages für Direktversicherungen auf den halben Beitragssatz wäre in diesem Rahmen eine denkbare Lösung.

Vogler: Jeden. Die Einnahmeausfälle der Gesetzlichen Krankenversicherung können leicht durch die überfällige Einführung einer Solidarischen Gesundheitsversicherung ausgeglichen werden, in der alle in Deutschland lebenden Menschen mit ihrem gesamten Einkommen pflichtversichert sind. Die Entscheidung von 2004 mit ihrer Rückwirkung und ohne jeden Vertrauensschutz muss auch rückgängig gemacht werden.

MV: Sehen Sie in dieser Legislaturperiode noch eine Möglichkeit, gesetzlich tätig zu werden?

Arndt-Brauer: Ich bin mir sicher, dass sich die SPD-Fraktion auch weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen wird, so schnell wie möglich und noch in dieser Legislaturperiode zu einer Neuregelung zu kommen. Insbesondere die CSU blockiert unsere Kompromissvorschläge noch. Wir werden bei diesem Thema trotzdem nicht lockerlassen.

Vogler: Wie schon erwähnt, haben wir bereits in dieser Legislaturperiode im Bundestag einen Antrag gestellt, mit dem wir die Bundesregierung auffordern, die Doppelverbeitragung abzuschaffen. Wir bleiben dran.